

Malcolm Sylvers

Politik und Klassen: Das Beispiel USA¹

Bearbeitete Fassung eines Vortrags am 18. September 2003 in der Klasse für Sozial- und Geisteswissenschaften

Es gibt mindestens zwei Gründe, warum intelligente Europäer an der internen Lage der USA interessiert sein sollten. Erstens wird die politische Umwelt in Europa der in den USA immer ähnlicher, und viele Elemente des US-amerikanischen Modells auf ökonomischem und gesellschaftlichem Niveau werden sowohl von Mitte-Rechts- als auch von Mitte-Links-Regierungen eingeführt. Man sollte sie in ihren Strukturen und Wirkungen besser kennen, weil sie so oft positiv bewertet werden, ohne die Zusammenhänge genau zu erklären. Zweitens findet man – das ist eine Tatsache – mehr Opposition in Europa gegen die gefährliche Auslands- und Militärpolitik der einzig existierenden Weltmacht. Es ist zu konstatieren, dass diese Politik funktioniert, weil es keine echte Opposition in anderen fortschrittlichen kapitalistischen Ländern – d. h. Europa und Japan – gibt und außerdem der innere Konsens, auch wenn passiv, die US-Regierung trägt. Es ist auch wichtig zu verstehen, wie die innere Lage dieses Landes ist und von welchem Konsens sie getragen wird, um die Kernfrage zu verstehen, nämlich, wie lange sie erfolgreich dauern kann.

„Klassen“ und „Politik“ werden hier nicht als zwei verschiedene Themen behandelt, sondern es geht um die Beziehung zwischen diesen beiden, auch wenn sie meist indirekt ist. „Beispiel“ bedeutet hier, die USA als eine Variante dieser Beziehung zu untersuchen. Es bedeutet nicht, dass ich in meinen Betrachtungen eine existierende Theorie auf die USA-Realität anwenden möchte, um deren Richtigkeit oder Falschheit zu beweisen. Sicherlich brauchen wir immer eine Theorie, um die tausende von Fakten und Prozessen einzuordnen. Aber wichtiger als die Theorie selbst ist die Frage, wie nützlich sie ist, um eine Realität zu analysieren. Engels gefiel der englische Ausdruck

1 Das Thema dieses Berichts ist ausführlicher behandelt in: Malcolm Sylvers, *Die USA-Anatomie einer Weltmacht. Zwischen Hegemonie und Krise*. Köln, Papyrossa, 2002.

„the proof of the pudding is in the eating“, wie gut ein Pudding ist, sieht man nur, wenn man ihn isst. Ich behaupte, dass der Marxismus auch diese pragmatische Konnotation besitzt.

Man kann nicht leugnen, dass die USA ihre wirtschaftliche Krise Ende der 60er/Anfang 70er Jahre gut gemeistert hat. Ein Teil dieser Krise hatte politische Gründe: der verlorene imperialistische Krieg in Indochina, innere Rassenunruhen, der Watergate-Skandal etc. In der Wirtschaft gab es die steigende Inflation und zunehmende Konkurrenz mit Japan und den neuen Industrieländern (auch wenn die Betriebe dort oft von US-Kapital dirigiert waren).² Die Lösung brachte ein Gemisch von ökonomischen und politischen Faktoren. Obwohl es so scheint, dass die individuellen Unternehmer nicht in einer koordinierten allgemeinen Strategie der Konzerne agiert haben, stellt sich heraus, dass ein wahres Programm entstand. In dessen Mittelpunkt stand die aktive Globalisierung: d. h. die massive Verlagerung der traditionellen Produktion in andere Länder, um das Lohngefälle auszunutzen. Dies wurde begleitet vom Downsizing, d. h. einer Restrukturierung und Reduzierung der verbliebenen USA-Wirtschaft. In jedem Sinne gab es eine Vergrößerung der Flexibilität der Unternehmer.³

Ein Schlüssel war auch die Offensive gegen die Arbeiter- und Gewerkschaftsrechte. Es muss daran erinnert werden, dass es in diesem Jahrzehnt in vielen kapitalistischen Ländern gravierende Niederlagen der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften gab, z. B. 1980 in Italien bei Fiat und 1984-85 der Bergarbeiter in Großbritannien. Im Jahr 1982 wurden in den USA alle streikenden Fluglotsen von Reagan entlassen, der im gleichen Moment die polnische Solidarnosc bejubelte.⁴

Die neue Unternehmenspolitik wurde nicht direkt von Washington gesteuert, aber Washington folgte dem Verlangen der Unternehmen und der

2 Tom Kemp, *The Climax of Capitalism. The US Economy in the Twentieth Century*. London: Longman, 1990; Philip Armstrong, Andrew Glyn u. John Harrison, *Capitalism Since 1945*. Oxford: Blackwell, 1991; Samuel Bowles, David Gordon u. Thomas E. Weisskopf, *After the Waste Land. A Democratic Economics for the Year 2000*. Armonk, N.Y.: Sharpe, 1990; Manuel Castells, *The Economic Crisis and American Society*. Oxford: Blackwell, 1980.

3 International Monetary Fund, *World Economic Outlook. May 1998*. Washington, D.C., Imf, 1998; Organisation for Economic Co-operation and Development, *United States*. Paris: OECD, 1997.

4 Kim Moody, *An Injury to All. The Decline of American Unionism*. London: Verso, 1988; Gordon L. Clark, *Unions and Communities Under Siege. American Communities and the Crisis of Organized Labor*. Cambridge: Cambridge University, 1989; Charles Craypo u. Bruce Nissen (Hrsg.), *Grand Designs. The Impact of Corporate Strategies on Workers, Unions, and Communities*. Ithaca: Cornell University, 1993.

Banken. Dies geschah, und das ist ausdrücklich zu betonen, ohne Unterschied zwischen beiden großen Parteien. Eine zentrale Rolle spielten die Federal Reserve Bank und die Bundesgerichtshöfe.⁵ Die Idee fand Verbreitung, dass die reichen Leute immer mehr Geld besitzen müssen, um investieren zu können; und die Armen im Gegensatz dazu immer weniger, damit sie fleißiger arbeiten. Ein Witz macht dies deutlich: „when the rich have more money, they invest; when the poor have more money, they eat“. Natürlich muss auch die Frage geklärt werden, was die Konzerne mit den erzielten höheren Profiten machen: in produktive Sektoren innerhalb der USA investieren oder in Devisen-Spekulationen und Investitionen im Ausland anlegen.

Diese Politik war erfolgreich. Wichtige Positionen auf den Weltmärkten wurden zurück gewonnen, die Produktivität stieg (auch wenn nicht genug in neue Technologien investiert wurde), ebenso stiegen die Profite der großen Unternehmen. Die Last des negativen Saldos der Leistungsbilanz und eine immer größere Staatsverschuldung wurden durch die Hilfe der Alliierten gemildert: d. h. durch den Kauf von USA-Treasury Bonds und die stille Über-einkunft, dass ein starker Dollar positiv für alle wäre.

Neue Arbeitsplätze wurden geschaffen, aber tendenziell auf niedrigerem Niveau: anstelle der früher relativ gut bezahlten Jobs in der alten Stahl- und Autoindustrie wurden viele Reinigungskräfte, Verkäufer, Kellner und private Wächter als die neuen professionellen Figuren kreiert. Natürlich wuchs auch die Zahl der Computerspezialisten und der Designer, aber in viel geringerem Masse als die Propaganda berichtete.⁶ Für die Massen der Lohnarbeiter war die Entwicklung negativ. Die tendenzielle Senkung der Stundenlöhne schuf viel neue Armut. Die Statistik zeigt auch, dass es z. B. heute für ein Arbeiterkind viel schwieriger ist, sich an einer Universität einzuschreiben oder auch ein Haus zu erwerben.⁷ Von vielen Sozialkritikern, die das Problem von unterschiedlichen Positionen analysieren, war der Ausdruck „The End of the American Dream“ zu hören: d. h. ein Ende des stetig wachsenden Wohlstands der unteren Schichten der Gesellschaft. Heute ist er zu einem zentralen Be-

5 William Greider, *Secrets of the Temple. How the Federal Reserve Runs the Country*. New York: Simon & Schuster, 1987; Stephen Pizzo, Mary Fricker u. Paul Muolo, *Inside Job. The Looting of America's Savings and Loans*. New York: McGraw-Hill, 1989.

6 *The Downsizing of America*, hrsg. von New York Times. New York: Random House, 1996; Joan Greenbaum, *Windows on the Workplace. Computers, Jobs, and the Organization of Office Work in the Late Twentieth Century*. New York: Monthly Review, 1995; Bennet Harrison u. Barry Bluestone, *The Great U-Turn. Corporate Restructuring and the Polarizing of America*. New York: Basic, 1988.

7 Lawrence Mishel, Jared Bernstein u. John Schmitt, *The State of Working America 1996-97*. Armonk, N.Y.: Sharpe, 1997.

griff in der USA-Literatur geworden.⁸

Ein Thema ist auch das Verschwinden der Middle Class. Hier müssen wir anmerken, dass man in den USA viel mehr über den Lohn als über Klassen spricht.⁹ Und wenn man über Klassen spricht, definierte man traditionell einfach eine sogenannte „Middle Class“ von 60% der Einkommensbezieher. Dann bezeichnet man die 20% darüber als die „Upper Class“ oder „Well-To-Do“ und die 20% darunter als die „Armen“ oder sogar die „Under Class“. In diesem Sinn kann die Middle Class nicht schrumpfen, weil sie immer per definitionem 60% der Bevölkerung ausmacht.

Heutzutage stellen fast alle Sozialwissenschaftler eine zunehmende Ungleichheit im Land fest, egal, ob sie links oder sogar marxistisch orientiert oder auch konservativer Couleur sind. Als Middle Class werden jetzt häufig diejenigen bezeichnet, deren Jahreseinkommen zwischen z. B. 25 000 und 75 000 Dollar pro Jahr beträgt. In diesem Fall ist es richtig, vom Schrumpfen der Middle Class zu sprechen, weil es in dieser Einkommensgruppe immer weniger Beschäftigte gibt. Tatsächlich gibt es zahlreiche Studien mit umfassender Statistik über den Rückgang dieser so definierten Middle Class (oder Arbeiterklasse, wenn man möchte) in den letzten 20–25 Jahren. Klar ist auch, dass der Rückgang je nach Branche, Bildungsniveau, Alter sowie Geschlecht und Rasse differierte, aber die Tendenz ist nicht zu übersehen.

Wichtig für das Sozialbewusstsein ist, dass trotz dieser Tendenzen der Lebensstandard der meisten Familien ungefähr gleich geblieben ist, wenn der Lebensstandard an der Quantität der konsumierten Waren gemessen wird. Dies ist möglich aus zwei Gründen: Erstens steigt die Zahl der Arbeitsstunden pro Beschäftigten, und gleichzeitig sind immer mehr Frauen berufstätig, d. h. das Familieneinkommen steigt. Zweitens ist die Verschuldung pro Familie durch die Vergrößerung der Kreditaufnahme gestiegen.¹⁰

-
- 8 Richard J. Barnet u. John Cavanagh, *Global Dreams. Imperial Corporations and the New World Order*. New York: Simon & Schuster, 1994; Donald L. Barlett u. James B. Steele, *America: What Went Wrong?*. Kansas City, Mo.: Andrews and McMeel, 1992; Kevin Phillips, *Boiling Point. Democrats, Republicans, and the Decline of Middle-Class Prosperity*. New York: Random House, 1993; Edward N. Luttwak, *The Endangered American Dream*. New York: Simon & Schuster, 1993.
- 9 Andrew Hacker, *Money. Who Has How Much and Why*. New York: Scribner, 1997; Stephen J. Rose, *Social Stratification in the United States. The American Profile Poster Revised and Expanded*. New York: New Press, 1992.
- 10 Juliet B. Schor, *The Overworked American. The Unexpected Decline of Leisure*. New York: Basic, 1992; Wallace C. Peterson, *Silent Depression. The Fate of the American Dream*. New York: Norton, 1994.

Bei der Beschreibung der heutigen sozialen Klassen in den USA kommt es m. E. entscheidend darauf an, Funktion und Macht zu erläutern anstatt nur über die Löhne nachzudenken. Natürlich ist mir bewusst, dass auch ethnische und Rassenfragen von Bedeutung sind. Mit meiner Klassen-Einteilung mache ich jedoch den Versuch, das gesamte System in seiner Funktionsweise transparenter zu machen. Es kommt darauf an zu zeigen, wie der Reichtum produziert wird, wer die Macht über diesen Reichtum hat und wie der gesellschaftliche Gewinn verteilt wird. Natürlich ist diese Beschreibung schematisch, und nicht immer kann man die Grenzgänger deutlich unterscheiden.

An der Spitze können wir eine herrschende Klasse mit nicht mehr als 2% der Bevölkerung definieren, wie es auch Nichtmarxisten unter den Soziologen wie C. Wright Mills und William Domhoff getan haben.¹¹ Die dominierende oder herrschende Klasse ist diejenige, die durch den Besitz und die Kontrolle über den gesellschaftlichen Reichtum die Entscheidungsgewalt inne hat und dadurch die meisten Vorteile genießt. Ein gut bezahlter Fußball-Spieler oder orthopädischer Chirurg verfügen nicht über diesen Typ Kontrolle oder Entscheidungsgewalt. Per definitionem ist sie die Klasse, die die zahlreichen Abläufe, die sich aus den Wechselbeziehungen zwischen Gesellschaft, Wirtschaft und den Wünschen der Bürger ergeben, zu ihren Gunsten zu koordinieren versteht. Es gibt eine breite Literatur darüber, wie groß der Benefiz ist, den diese Klasse genießt, und wie viel größer er ist im Vergleich mit dem der ähnlich herrschenden Klassen z. B. in Europa.

Die offizielle Ideologie in den USA lehnt das Vorhandensein von Klassen ab und insbesondere die Existenz einer herrschenden Klasse. Oft benutzt man dazu Thesen, die richtig sind, aber gleichzeitig auch kompatibel mit der Behauptung einer herrschenden Klasse. Man schreibt z. B., dass es eine bestimmte Klassen-Mobilität gibt oder dass die Konsumwaren der Oberschichten nicht so anders sind als die der anderen Schichten. Das hat natürlich nichts zu tun mit der Akzeptanz einer herrschenden Klasse, wiewohl es spezifische Eigenheiten der USA-Gesellschaft sind. Dies ist um so wichtiger, wenn man die politische Umwelt exakt verstehen will.

Zwischen dieser herrschenden Klasse und der Masse der Lohnabhängigen finden wir die Top-Manager und die hochqualifizierten professionellen Kräfte, die vielleicht 20% der Bevölkerung ausmachen. Essenziell für das Funktionieren des Systems, sind sie nicht die herrschende Klasse, aber auch nicht die besser bezahlten Angestellten oder Middle-Managers. Sie sind eine relative neue Gruppe, die sich unterscheidet von einem früheren Bürgertum,

11 C. Wright Mills, *The Power Elite*. New York: Oxford, 1956; G. William Domhoff, *Who Rules America Now? A View for the '80s*. New York: Simon & Schuster, 1983.

das kleine und mittlere Betriebe besaß, aber auch von den alten traditionellen Freiberuflern. Im Gegensatz zu letzteren sind die neuen Profis vollkommen in die Abläufe des Wirtschafts- und Gesellschaftsmechanismus integriert. Das System braucht sie – ich zitiere Robert Reich – , um „mathematische Algorithmen, rechtliche Begründungen, finanzielle Kunstgriffe, wissenschaftliche Prinzipien, psychologische Intuitionen zu entwickeln, die zur Steigerung der Konkurrenzfähigkeit der Betriebe oder zur Erhöhung der Börsengewinne dienen“.¹² Es ist ein Zeichen unserer Zeit, dass sich in dieser Gruppe viele ethnische Minderheiten und vor allem viele Frauen finden. Sie sind natürlich das Ideal für viele jüngere Vertreter der Arbeiterklasse. Aber sie sind auch das Objekt von Kritik und Neid an ihrem Lebensstil. Es ist beachtenswert, dass diese Klasse mehr Kritik als die herrschende Klasse bekommt. Im Vergleich mit den Top-Managern und Profis sind die Führungskräfte weniger sichtbar, weil sie in vom Volk noch entfernteren und isolierteren Häusern leben und nicht first class, sondern mit dem Privatjet reisen.

Dann können wir eine Arbeiterklasse in einem breiten Sinne definieren: alle Lohnabhängigen, die ohne Kontrolle über ihre Arbeit und relativ einfach zu ersetzen sind und unter Bedingungen von sozialer Unsicherheit agieren, insbesondere in dem Moment, wenn der Kapitalismus dynamischer wird. Für einige ist das die „Middle Class“. Sehr häufig betrachten sich die meisten Arbeiter und lohnabhängigen Angestellten selbst als Middle Class, d. h. es gibt einige über mir und andere unter mir. Diese Vorstellung, dass die Arbeiter zur Middle Class gehören könnten, weil sie weder „reich“ noch „arm“ sind, ist natürlich unwissenschaftlich. Wichtiger als die Bezeichnung ist wohl die inhaltliche Bedeutung von lohnabhängiger Beschäftigung: ohne Kontrolle und ständige Unsicherheit über den Erhalt des Arbeitsplatzes und auch ohne die Sachkenntnis, die am Markt leicht zu verkaufen ist. Aus diesem Grunde kann man in diese verbreiterte Arbeiterklasse auch die Middle-Manager einschließen, d. h. Sozialfiguren, die eine Abteilung leiten, aber ohne die spezifische neue Qualifikation und Flexibilität sind, die ein Top Manager oder der neue Typ Profi haben. In dieser Gruppe gibt es viele, die in den 70er/80er Jahren durch die Restrukturierung arbeitslos geworden sind oder Jobs mit einem niedrigeren Niveau annehmen mussten.

12 Robert B. Reich, *The Work of Nations. Preparing Ourselves for 21st-Century Capitalism*. New York: Random House, 1991; Michael Lind, *The Next American Nation. The New Nationalism and the Fourth American Revolution*. New York: Free Press, 1995; Christopher Lasch, *The Revolt of the Elites and the Betrayal of Democracy*. New York: Norton, 1995.

Und schließlich haben wir als Schicht, wenn nicht Klasse im traditionellen marxistischen Sinn, die Ausgegrenzten und die Armut. Als klassischer marxistischer Terminus sind die Ausgegrenzten keine Klasse, da sie außerhalb des Wirtschaftssystems stehen, auch wenn sie natürlich Konsumenten sind. Vielleicht 2–3% der Bevölkerung, die in den Großstädten konzentriert ist, besteht aus Kriminellen, kleinen Gaunern, Obdachlosen, Familien, die seit mehreren Generationen von der Sozialhilfe leben, Drogenabhängigen und Alkoholikern, aber auch geistig Behinderten (ein Ergebnis der Schließung vieler psychiatrischer Krankenhäuser, um Geld zu sparen). Sie sind wichtig für das politische Bewusstsein der Gesellschaft, weil sie ganz sichtbar in den Strassen sind und die Bevölkerung irritieren.

Oft werden sie mit den Armen verwechselt. Aber was häufig als Arme klassifiziert wird, sind meistens schlechtbezahlte Arbeiter, die oft nur für einige Monate pro Jahr Arbeit finden können. Der Terminus „Working Poor“ wird in der Soziologie oft benutzt, und die Ursache wird oft in dem sehr beschränkten Sozialnetz gefunden. In den USA sind die Leute gezwungen, auch solche Arbeitsplätze anzunehmen, die weniger qualifiziert und schlechter bezahlt sind als ihre früheren Jobs. Hier liegt ein Geheimnis, warum es in den USA weniger Arbeitslose als in Europa gibt. Der Abbau des Sozialstaates bedeutet, dass immer mehr Arbeiter in diese Lage kommen, d. h. langfristig arbeitslos sind und in die Kategorie Armut rutschen; meistens bleiben sie jedoch Arbeiter und nicht „Ausgegrenzte“. Wenn wir den USA-Maßstab von Armut anwenden – arm ist der mit weniger als der Hälfte des durchschnittlichen Einkommens –, dann sind es nach der offiziellen Statistik der 90er Jahre in den USA 14% der Bevölkerung, d. h. zirka 40 Millionen Menschen. Im Prozentsatz-Vergleich haben wir 3% in Deutschland und 7% in Kanada.¹³

Was sind die Mechanismen der Politik und wie nehmen die verschiedenen sozialen Klassen an ihr teil? Ich würde davon sprechen, dass es in den USA eine Demokratie-Frage gibt. Die offizielle Meinung sagt, dass alle sozialen Klassen und Schichten, ebenso wie die Rassen-Minderheiten (Afroamerikaner, Hispanics, usw.) durch Teilnahme an den Wahlen sich direkt in die Politik einmischen und so die politische Linie des Landes mitbestimmen können. Aber das politische System der USA funktioniert nicht so. Demokratie bedeutet nicht nur in der Etymologie, sondern auch in der Geschichte des politischen Denkens „die Macht des Volkes“ oder sogar „Selbstbestimmung“ und nicht nur eine passive Präsenz in der Wahlkabine. Demokratie ist etwas an-

13 Peterson; op. cit.; John E. Schwarz, *The Forgotten Americans*. New York: Norton, 1992; Mischel, Bernstein u. Schmitt, op. cit.

deres als Liberalismus, d. h. die Anwesenheit des individuellen Rechts. Es ist klar, dass diese Rechte wie Bewegungsfreiheit, Meinungsfreiheit und Organisationsfreiheit gemeinsam mit der Tatsache, dass die Jurisprudenz nicht direkt der Politik unterstellt ist, nicht zu unterschätzen sind. Sie sind essenziell für eine funktionierende Demokratie; aber sie sind kein Äquivalent. Im politischen System der USA ist die Stimme des Volkes oft abwesend, und überhaupt kann man nicht von „Selbstbestimmung“ sprechen. Auch wenn Volkes Stimme sich zu äußern versucht, ist es institutionellerweise oft nicht möglich. Verschiedene Aspekte dieses Problems existieren auch in Europa, wiewohl sie in den USA eine stärkere Ausprägung haben.

Es gibt etliche Hindernisse einer funktionierenden Demokratie in den USA. Erstens, der einzig wahre Ort, wo die Politik ernst diskutiert wird – außer den renommierten Zeitungen wie NY Times und Washington Post, die übrigens von der Masse des Volkes gelesen werden –, sind die zahlreichen Think Tanks, von denen die meisten Leute gar nicht wissen, dass sie existieren.¹⁴ Zweitens ist die Politik immer mehr in der Exekutive (der Präsident, sein Kabinett und seine Berater) konzentriert, die formellerweise nicht direkt unter der Kontrolle des Parlaments steht. Die Außen- und Militärpolitik ist meist vom National Security Council bestimmt, eine Struktur, die weiter von der Öffentlichkeit entfernt ist als der Ministerrat selbst. Die Wirtschaftspolitik wird von der Federal Reserve Bank bestimmt, die formellerweise auch nicht unter der Kontrolle des Parlaments und auch nicht der Exekutive steht. Auch wenn ihre Mitglieder ursprünglich vom Präsidenten berufen und vom Parlament bestätigt werden müssen, bleiben sie für eine so lange Zeit im Amt, dass sie total unabhängig von diesen Gremien agieren.¹⁵ Drittens, auch das juristische System – die Richter und die Gerichtshöfe auf der Bundesebene – können ein Problem für die Demokratie sein, weil sie nicht gewählt werden. Natürlich kann man hier nicht negieren, dass der Supreme Court – der Verfassungsgerichtshof – oft ein Bollwerk für die Durchsetzung individueller Rechte war im Gegensatz zu den Wünschen von Volk und Exekutive. In diesem Zusammenhang wird man ganz aktuell verfolgen können, wie der Supreme Court in der anstehenden Frage der Beschränkung der individuellen Rechte durch die neuen Anti-Terrorismus-Gesetze entscheidet, die von Bush vorgeschlagen und vom Parlament angenommen wurden.

14 James A. Smith, *The Idea Brokers. Think Tanks and the Rise of the New Policy Elite*. New York: Free Press, 1991; Holly Sklar (Hrsg.), *Trilateralism. The Trilateral Commission and Elite Planning for World Management*. Boston: South End, 1980.

15 Greider, op. cit.

Auch wenn Demokratie nicht auf ein Wahlsystem reduziert werden kann, muss konstatiert werden, dass das real existierende Wahlsystem in den USA demokratie-untauglich ist. An den nationalen Wahlen nehmen weniger als 50% der Wahlberechtigten teil. Dabei ist festzustellen, dass die Wahlteilnahme viel höher in den Bevölkerungsschichten mit einem höheren Einkommen ist. Hierbei ist entscheidend, dass das Einschreiben in die Wahllisten ein komplizierter Vorgang ist und nicht automatisch erfolgt. Aber noch zentraler ist der Vertrauensmangel der Bevölkerung in dieses politische System.¹⁶

Hier kommt der Finanzierung der Politik eine große Bedeutung zu. Nur ein Fakt kann viel beleuchten: Im Wahljahr 2000 kosteten dreißig Sekunden Hauptsendezeit, in ganz Kalifornien ausgestrahlt, 40 000 Dollar. Ein wichtiger Politiker sagte: „Geld ist die Muttermilch der Politik“. Die großen internationalen Konzerne unterstützen oft beide Parteien in gleicher Spendenhöhe. Jedoch gibt es kleinere Unterschiede in der Herkunft der Gelder: z. B. spenden Erdöl- und Tabakindustrie mehr für die Republikaner, Investitionsbanken und Telekommunikation mehr für die Demokraten. Ein Politikwissenschaftler schrieb, das politische System teile sich nicht in Wähler und Nichtwähler, sondern in Wähler und eine sehr geringe Zahl von Spendern. Nur 1% der US-Amerikaner lassen einem Kandidaten oder einer politischen Gruppe mehr als 200 Dollar zukommen. Volkes Stimme sagt: „Wir haben den besten Kongress, den man sich kaufen kann“.¹⁷

Aber die Abnahme der Wahlbeteiligung kann man nur verstehen, wenn man die Frage stellt, wie sich die Parteien präsentieren. Die Parteien ähneln sich sehr in ihren Programmen, und die Menschen fühlen sich nicht mit ihren tatsächlichen Problemen vertreten. Sicherlich, seit den 80ern – seit Reagan – sind die Republikaner in der Außenpolitik aggressiver und in kulturellen Fragen viel traditioneller. Aber in der Wirtschaftspolitik (restriktive Geldpolitik, Senkung der Steuern auf Einkommen und Vermögen, Deregulierung, Unterstützung der Umstrukturierung), beim Abbau des Sozialstaates oder der Reduzierung des Arbeitsrechts gibt es und gab es fast keinen Unterschied. Was Reagan in diesem Umfeld vertieft hat, wurde bereits von Carter begonnen. Und was die Innenpolitik von Reagan war, wurde von Clinton fortgesetzt.

16 Frances Fox Piven u. Richard A. Cloward, *Why Americans Don't Vote*. New York: Pantheon, 1989; George F. Will, *Restoration. Congress, Term Limits and the Recovery of Deliberative Democracy*. New York: Free Press, 1992; Peter Skerry, *Mexican Americans. The Ambivalent Minority*. Cambridge, Mass.: Harvard University, 1993.

17 Thomas Ferguson, *Golden Rule. The Investment Theory of Party Competition and the Logic of Money-Driven Political Systems*. Chicago: University of Chicago, 1995.

Schon seit Jahrzehnten sprechen die Parteien meistens über kulturell-politische Fragen – Todesstrafe, Verbot oder Erlaubnis des Waffenbesitzes, Stärkung der Familie oder über Terrorismus und Irak-Krieg. Und in diesem letzteren haben sie oft die gleichen Positionen, wenn es sich nicht um akuten Wahlkampf handelt. Prinzipiell können wir bestätigen, dass der sehr verbreitete allgemeine Patriotismus mit einem allgemeinen Zynismus über die Politik verbunden ist. Am Ende hat man einen passiven Konsens, in dem sicherlich die Massenmedien eine große Rolle spielen, auch wenn diese besser erklärt werden sollten.

Trotz dieses passiven Konsenses ist die politische Welt nicht total eingeschlafen. Nicht alle sind zufrieden mit den zwei Parteien wie sie sind; für einige erscheinen beide Parteien wie ein und dieselbe. Es ist von Interesse, hier zu skizzieren, was es für eine Opposition zu den beiden etablierten Parteien gibt. Sie lässt sich in vier Gruppen unterteilen: ein Rechtsextremismus, eine echte rechte Mitte (unzufrieden mit der Republikanischen Partei), eine echte linke Mitte (unzufrieden mit der Demokratischen Partei) und eine (zumindest implizit) antikapitalistische Linke. Es sind dies nur ungefähre Trennungen, da es oft Berührungspunkte und Überschneidungen gibt, zumindest zwischen denen, die sich am nächsten sind.

Der Rechtsextremismus liegt weit von den anderen oppositionellen Gruppierungen entfernt, da er der einzige ist, der die Gewalt verherrlicht und sich der traditionellen politischen Welt gegenüber völlig ablehnend verhält.¹⁸ Voll Hass gegen die kapitalistische zeitgenössische Wirtschaft (Banken und transnationale Unternehmen), die ethnischen Gruppen (Schwarze, Einwanderer und Juden), die internationalen Organisationen (von der UNO bis zu den Finanzgremien) und die Elite des Landes, vertritt er die Ansicht, dass eine Verschwörung auf breiter Ebene inszeniert wird, um die amerikanische Regierung den ausländischen Interessen zu unterwerfen. Die Verbreitung einer solchen Haltung erscheint unverständlich, wenn man sie nicht mit den bereits dargelegten Veränderungen der internationalen Wirtschaft und Politik verbindet. Die von den Bankiers beherrschte globale Wirtschafts- und Finanzwelt ist eine Tatsache (wenn auch anders, als von ihnen dargestellt), und die Banken jüdischer Herkunft (zum Beispiel Salomon Brothers, Goldman Sachs, Lazard Frères, Rothschild) spielen darin eine Rolle, jedoch nicht in dem Maße, wie angenommen wird. Wichtiger aber ist, dass die Veränder-

18 Kenneth S. Stern, *A Force Upon the Plain. The American Militia Movement and the Politics of Hate*. Norman, Oklahoma: University of Oklahoma, 1997; Catherine McNicol Stock, *Rural Radicals. Righteous Rage in the American Grain*. Ithaca: Cornell University, 1996.

ungen tatsächlich die nationale Identität in ihrer bislang aufgefassten Form bedrohen, und dass die Macht der Zentralregierung in Washington zum Nachteil der einzelnen Staaten zunimmt, deren Befugnisse auf untergeordnete Politikfelder beschränkt sind. Der Rechtsextremismus möchte die politische Macht nur den einzelnen Staaten übertragen, wo es einfacher scheint, eine Regierung zu etablieren, die den Vorstellungen des Volkes entspricht. Sie fordern vehement das Recht ein, Waffen tragen zu können, das vom II. Amendment der Verfassung festgelegt wurde (obwohl dessen Interpretation umstritten ist), und begründen es unter anderem mit Ereignissen wie dem von 1993 in Waco, Texas, wo der Justizminister ein Heer von Einsatzkräften gegen eine kleine religiöse Gruppe aufgeboten hatte.

Die Rechtsextremisten stehen durch ihre Gewaltbereitschaft am Rande der Zivilgesellschaft, ihre Ideologie jedoch verknüpft sich ideal mit dem weit größeren Teil der öffentlichen Meinung, der aus Abtreibungs- und Frauenrechtsgegnern besteht, denen sich die Amerikaner anschließen, die gegen die von Washington auferlegte Besteuerung kämpfen. Dass diese Gruppen in einigen Fällen auch Gewalt anwenden, zeigen die Morde an den Ärzten, die Abtreibungen vorgenommen haben. Rechtsextremistische Tendenzen wurzeln in Dutzenden von paramilitärischen, nicht miteinander verbundenen Organisationen, zu denen vielleicht maximal 20 000 aktive Kämpfer gehören, wie die, die im April 1995 mit dem terroristischen Attentat in Oklahoma City, das 168 Todesopfer forderte, Schlagzeilen gemacht haben. Die Täter wurden hingerichtet, aber der Prozess hat den Hintergrund dieser „Durchschnittsamerikaner“ erhellt, die von den Schwierigkeiten und den wirtschaftlichen Unsicherheiten verängstigt und gewillt sind, das „wahre Amerika“ gegen eine Ansteckung (oder eine Invasion) zu schützen. Mehr als in den Großstädten, die oft Schauplatz gewalttätiger Auseinandersetzungen sowie rassischer und ethnischer Spannungen sind, ist dieser volkstümliche Neofaschismus *sui generis* in den ländlichen Gegenden oder in den Dörfern im Süden, im Mittelwesten und den Rocky Mountains konzentriert, die ethnisch homogener sind und wo die Menschen davon überzeugt sind, noch etwas zu verlieren zu haben.

Von den Spitzen der Republikanischen Partei abgewiesen, hatte der Extremismus jedoch Kontakte mit der Partei auf lokaler Ebene. Und es gibt auch Republikaner, die in diesen Gruppen ein potenzielles Stimmenreservoir sehen. Der Rechtsextremismus selbst konnte bislang keinerlei Einfluss auf das politische System nehmen, er hat jedoch seine Ursachen in den gleichen weit verbreiteten Frustrationen, die zu den republikanischen Mehrheiten von Reagan und Bush geführt haben. Wenn die Ursachen des Unbehagens dieser

Menschen nicht angepackt werden, kann die Missbilligung durch das *liberale* Establishment und die politische Öffentlichkeit abstrakt und unehrlich wirken und manchmal auch einen Anschein von Klassenverachtung gegen die „Rüpel“ tragen, die Bewohner von einsam liegenden Dörfern, wo sich noch keine „Symbolanalytiker“ niedergelassen haben.

Die zwei Oppositionsgruppen, die man als Mitte-Rechts bezeichnen könnte, machen von Gewalt keinen Gebrauch. Sie vertreten gegensätzliche Standpunkte in wirtschaftlichen, politischen und sozialen Belangen. Wenn alle US-amerikanischen Regierungen der letzten zwanzig Jahre überzeugte Befürworter der Verflechtung Globalisierung – „Finanzialisierung“ – Liberalisierung waren und es nach wie vor sind, so ist eine Strömung davon überzeugt, dass diese Verflechtung noch nicht eng genug ist, dass noch Möglichkeiten zur Vertiefung bestehen: die OECD, die sich immer Sorgen macht, dass die Kürzungen in den US-amerikanischen Hilfsprogrammen für die nichtbehinderten jungen Armen stagnieren; die gleiche Einstellung gibt es auch in den Reihen der Republikanischen Partei.

Anders gefärbt als diese rechte Freihandelsmitte ist eine populistische Bewegung, die viele Anknüpfungspunkte zu den Gefühlen großer Teile der Arbeiter hat. Wie aus den Schriften Edward Luttwaks und Kevin Phillips ersichtlich ist (um nur zwei der bekanntesten Vertreter dieser Richtung anzuführen), identifiziert sie sich mit traditionellen Werten wie Patriotismus und Familie, hegt aber Misstrauen gegen die Globalisierung – die ihrer Meinung nach politisch ausgestaltet werden soll – und strebt danach, den Lebensstandard (Gehälter, Freizeit) der berufstätigen Durchschnittsamerikaner zu schützen.¹⁹ Sie schreckt auch nicht vor der Behauptung zurück, dass die Verteilung des Reichtums in den USA von denen abhängt, die die Regierung kontrollieren, und dass die heutige Gesellschaft immer mehr von Supermilliardären und Obdachlosen gekennzeichnet ist. Ihre Hauptsorge ist, dass die Vereinigten Staaten ihre Hegemonie verlieren könnten und dass die Gesellschaft mit ihren wachsenden Ungleichheiten und schlechten Infrastrukturen bis zu einem Stand der Dritten Welt verkommen könnte.

Die Kritik an der Führungsschicht des Landes – sowohl politisch als auch wirtschaftlich – ist alles andere als ungenau. Die Feinde werden klar identifiziert: die Politiker, vor allem die der Republikanischen Partei, die trotz ihrer Rhetorik die „stille Mehrheit“ der „einfachen Amerikaner“ im Stich gelassen

19 Luttwak, op. cit; Kevin Phillips, *Staying on Top. Winning the Trade War*. New York: Vintage, 1984; Kevin Phillips, *The Politics of Rich and Poor. Wealth and the American Electorate in the Reagan Aftermath*. New York: HarperCollins, 1990.

haben, um sich denen zuzuwenden, die Harvard University und Palm Beach besuchen und die den Reichen und auch den ausländischen Lobbyisten hörig geworden sind; die Freiberufler wie Rechtsanwälte, die oft nutzlose Tätigkeiten ausüben und wertvolle Fähigkeiten vergeuden; die Aufsichtsräte und Manager der großen Unternehmen, die nur an kurzfristige Gewinnmaximierung denken und die langfristigen Interessen der ganzen Nation aus dem Auge verlieren. Und sie erinnern die Politiker daran, dass die amerikanischen Bürger „Produzenten“ und nicht nur „Konsumenten“ sind; als Anti-Postindustrielle und Anti-Postmoderne könnten sie vielen als kulturell „altmodisch“ erscheinen.

Auch wenn sie nicht mit den traditionellen „protektionistischen“ Maßnahmen einverstanden sind, bringen die Protagonisten dieser politischen Tendenz ihre Begeisterung für die amerikanische Industrie zum Ausdruck, die noch im Land verwurzelt zu sein scheint (wie Boeing), und fordern eine Politik gegen die ausländischen Konkurrenten und für eine tatkräftige Unterstützung der nationalen Wirtschaft. Kurz gesagt: sie wollen eine Zusammenarbeit zwischen der Geschäftswelt und der Regierung, wobei auch die Arbeiter in das Programm aufgenommen werden sollten. Wichtig ist, dass man die Möglichkeit eines Handelskrieges gegen Japan und Europa nicht ausschließt; zwar fordern sie keine Abschottung der Wirtschaft gegen das Ausland, befürworten jedoch, dass die Kontakte immer den Interessen des eigenen Landes dienen müssten.

Die wesentlichen Unterschiede zwischen dieser rechten Mitte und einer reformorientierten linken Mitte bestehen in der Frage der Öffnung zur internationalen Wirtschaft, von der diese letzte Gruppe stark überzeugt ist. Im Mittelpunkt der reformorientierten Vorschläge der sogenannten linken Mitte – die nicht mit der Leitung der Demokratischen Partei verwechselt werden darf – steht stattdessen eine Wirtschaftspolitik der Regierung zur Erhöhung der Produktivität und somit auch der Konkurrenzfähigkeit des Landes wie auch der Arbeits- und Lebensbedingungen bestimmter Teile der Arbeiter. Trotz dieses letzten Aspektes sind solche Ideen vor allem in akademischen Kreisen verbreitet. Die amerikanische Regierung wird nicht nur dafür kritisiert, weil sie eine solche politische Linie nicht verfolgt, sondern auch weil sie erst auf den Druck dominierender Bereiche der Wirtschaft reagiert und eingreift. Nach ihren Vorstellungen soll sich das Land durch die Hightechindustrie, eine hohe Mehrwertschöpfung und hohe Löhne entwickeln. Trotz der Radikalität ihrer Vorschläge distanzieren sie sich nicht vom Zweiparteiensystem oder der kapitalistischen Produktionsweise.

Für diese Forscher liegt der Kern des inneren und äußeren ökonomischen Niedergangs im Kapitalmangel für öffentliche und private Investitionen, die vor allem in den Bereichen Bildungs- und Gesundheitswesen (für das sogenannte menschliche Kapital), der technologischen Forschung und den Infrastrukturen (Kommunikation, Transporte) notwendig sind. In diesem Zusammenhang sei an die witzige Bemerkung John Kenneth Galbraiths während des Golfkrieges erinnert, dass der Hauptfeind des amerikanischen Kapitalismus nicht Saddam Hussein sei, sondern der Zustand der Brücken und Straßen im Land. Die Ursachen des Kapitalmangels sehen sie im geringen Sparvolumen der Bürger, in der allgemeinen Verschuldung (auch dem Ausland gegenüber, was einen Ressourcentransfer durch die Zinsen verursacht, Gelder, die innerhalb des Landes für die Investition fehlen), in der fortschreitenden „Finanziarisierung“, die zu einer verstärkten Konzentration auf kurzfristige Gewinnerzielung führt, in Managementfehlern und Geldverschwendung der großen Unternehmen sowie in den hohen Zuwendungen für ihre Führungskräfte.

Die vielleicht bekanntesten Personen, die an die Möglichkeit einer positiven Verbindung zwischen Kapitalismus und menschlichen Bedürfnissen glauben, sind – außer dem schon angeführten Galbraith – Lester Thurow, Professor des Massachusetts Institute of Technology und Direktor seiner hoch angesehenen School of Management, und Felix Rohatyn, ein erfolgreicher Investmentbanker. Eine besonders einflussreiche Institution, die sich an diese Linie hält, war die MIT Commission on Industrial Productivity. Das Problem ist, wie Thurow in seinem Essay unterstreicht, die Unfähigkeit seitens des Kapitalismus, absolut notwendige langfristige Investitionen vorzunehmen, und stattdessen die ideologische Ausrichtung auf Kurzfristigkeit zu orientieren. Er stellt weiterhin fest, dass verschiedene große Kulturen wegen vernachlässigter Infrastrukturen zu Grunde gegangen sind, und erinnert daran, dass Adam Smith, der von den heutigen Befürwortern der freien Wirtschaft zu Unrecht zitiert wird, deren Erhaltung als eine der wichtigsten Aufgaben des Staates ansah.²⁰

20 Lester C. Thurow, *The Future of Capitalism. How Today's Economic Forces Shape Tomorrow's World*. London: Nicholas Brealey, 1996; John Kenneth Galbraith, *The Culture of Contentment*. Boston: Houghton Mifflin, 1992; Michael L. Dertouzos, Richard K. Lester u. Robert M. Solow, *Made in America. Regaining the Productive Edge*. Cambridge, Mass.: MIT, 1989; Barry Bluestone u. Bennett Harrison, *The Deindustrialization of America: Plant Closings, Community Abandonment and the Dismantling of Basic Industry*. New York: Basic, 1982.

Zur Sanierung der Bundesbilanz wird geraten, die Gewinnsteuer der Unternehmen abzuschaffen (um Investitionen zu begünstigen) und eine Mehrwertsteuer einzuführen; den US-Amerikanern wird beständig vor Augen gehalten, dass die Steuerbelastung in ihrem Land die niedrigste im Vergleich zur übrigen fortgeschrittenen Welt ist. Weiterhin wäre es notwendig, bei den Staatsausgaben am Militärhaushalt und am Rentensystem zu sparen, da die Alten nicht mehr wie früher der schwächste Teil der Gesellschaft sind. Alle fordern eine größere Flexibilität in der Arbeit, verbunden mit Umschulungsmaßnahmen. Es sollte außerdem mehr Geld für Forschung und Ausbildung bereitgestellt werden, für letztere müssten nationale Standards gelten, und in den Schulprogrammen sollte größeres Augenmerk auf Wissenschaft und Mathematik gerichtet werden.

Natürlich sind diese Reformpolitiker gegen einen Aufschwung, der auf niedrigem Lohn und ständigem Arbeitsplatzabbau beruht, er sollte vielmehr auf einer „Ausbildung von Arbeitskräften, die in der Lage sind, die Technologien der schlanken Produktion anzuwenden“ basieren. Die Technologie dürfe kein Herrschaftsinstrument in den Händen der Unternehmer sein, weil dadurch den Arbeitern die Möglichkeit genommen wird, die eigenen Fähigkeiten zu entwickeln. Man empfiehlt auch die Einführung von Mechanismen „japanischer Art“, um die Arbeiter – aber auch das Kapital – an die einzelnen Betriebe zu binden. Langfristige Arbeitsverhältnisse müssten Fuß fassen, die Arbeiter sollten „eine wirtschaftliche Bürgerschaft“ in den Betrieben besitzen, und die Investoren sollten als echte Kapitalisten und nicht als Spekulanten auftreten.²¹

Keiner von ihnen kommt auf die Idee, dass die Planung – die nicht mit dem Staatseigentum verwechselt werden darf – mit dem Kapitalismus nicht kompatibel ist oder dass sie auf keiner Stufe seiner historischen Entwicklung mit ihm verbunden war. Man empfiehlt die Schaffung neuer staatlicher Institutionen, um die Industrie und den Handel zu koordinieren, zu analysieren und zu unterstützen; oft bezieht man sich auf das japanische MITI (dieses Land stellt sich ihnen nämlich in zweifacher Gestalt – als Konkurrent und als Vorbild – dar) und auf die Strukturen, die das Pentagon für die technologische Forschung entwickelt hat. Auch den Banken kommt große Bedeutung für die industrielle Entwicklung zu, damit das nötige Kapital zur Verfügung steht, „um strategisch wichtige Unternehmen zu fördern“.

21 Robert Guttman, *How Credit-Money Shapes the Economy. The United States in a Global System*. Armonk, N.Y.: Sharpe, 1994; William Lazonick, *Competitive Advantage on the Shop Floor*. Cambridge, Mass.: Harvard University, 1990.

Der wirtschaftliche Hauptgegenstand der Reformer der linken Mitte sind die transnationalen Unternehmen, und es überrascht nicht, dass eine Lockerung des Antitrust-Gesetzes gefordert wird, um eine bessere Zusammenarbeit der Unternehmen zu ermöglichen. Alle Verfechter dieser Tendenz sind gegen den Protektionismus und wollen, Reich ausgenommen, auf jeden Fall die Bindung der transnationalen Unternehmen, die als „amerikanisch“ betrachtet werden, an die USA stärken. Sie sollten auf verschiedene Weise Unterstützung erhalten, um ihre Überlebenschancen im internationalen Konkurrenzkampf zu verbessern. Die negativen Auswirkungen der „Finanziarisierung“ werden von den Vertretern dieser Richtung nicht angezweifelt, ebenso wie sie keine Illusionen hegen, dass die großen Unternehmen von sich aus das Wohl des eigenen Landes in ihr Interessenkalkül einbeziehen. Diese Einstellung bringt sie der rechten Mitte näher, von der sie sich jedoch durch ein Programm internationaler Kooperation unterscheiden, nicht nur zu Gunsten der fortgeschrittenen Zentren, sondern auch der weniger entwickelten Gebiete.

Diese linke Mitte, die eine reformorientierte Bourgeoisie vertritt, hat allerdings noch keine politischen oder sozialen Ansatzpunkte gefunden; im Gegenteil, die Krise in Ostasien und Japan hat ihren Einfluss nicht erhöht, weil durch sie die Meinung, dass staatliche Eingriffe im wirtschaftlichen Bereich schädlich seien, gestärkt wurde. Jedenfalls werden sie von der Demokratischen Partei mit derselben Gleichgültigkeit behandelt, die die Republikaner den Gruppierungen der populistischen rechten Mitte gegenüber an den Tag legen. Es besteht kein Zweifel, dass die hier nur in groben Zügen umrissenen Projekte – wenn sie denn realisiert würden – zu wirklichen Veränderungen der wirtschaftlichen Strukturen führen könnten und sich deshalb prinzipiell von solch zweitrangigen Aspekten unterscheiden, wie Clintons Engagement für die Rechte der Homosexuellen in den Streitkräften oder Tony Blairs Entschuldigung für die englische Haltung während der Hungersnot in Irland vor 150 Jahren.

Große Aufmerksamkeit erfreut sich in den Kreisen der linken Mitte eine alte Idee, die 1978 vom US-amerikanischen Nobelpreisträger für Wirtschaft, James Tobin, vertreten wurde: er schlug eine Steuer auf internationale Devisentransaktionen vor, die für alle wichtigen finanziellen Zentren gelten sollte, um der Spekulation entgegenzuwirken. Nach Tobin sollte damit „ein bisschen Sand in die Räder gestreut“ werden. Keynes hatte bekanntlich festgestellt, dass die Liquidität die Räder des Marktes schmiert, während zu viel Öl sie dazu veranlasst, sich von den Schienen zu lösen. Die jüngsten Finanzkrisen sind beredte Beispiele für solche Ideen; auch der große Spekulant George

Soros hat auf die Notwendigkeit einer internationalen Institution hingewiesen, die fähig ist, Höchstgrenzen für die Verschuldung der einzelnen Länder festzulegen, da der privatwirtschaftliche Sektor nicht dazu in der Lage ist. Andere Vertreter der linken Mitte schlagen vor, die Steuern auf Kapitalerträge zu erhöhen, die Auslandsinvestitionen zu besteuern, die Steuerparadiese abzuschaffen und die Staaten zur Kontrolle der eigenen Banken, unabhängig von ihrem Standort, zu zwingen. Für die Gewinne der transnationalen Konzerne wird ein einheitliches Messverfahren angeregt, um Steuerhinterziehungen zu vermeiden.²²

Es ist schwer vorauszusehen, ob, wann und wie man zu einer Periode des reformorientierten Bürgertums zurückkehren wird. Zur Zeit scheint es vollkommen unrealistisch. Aber sollte sich die internationale wirtschaftliche Situation noch mehr zuspitzen, könnte man nach zwei Jahrzehnten Liberalisierung an der Schwelle zu einer – mit den Worten Karl Polanyis ausgedrückt – anderen „großen Veränderung“ mit dem erneuten Bedürfnis nach Reglementierung des Marktes stehen. Selbst ein Spezialist von *international business* wie Dunning hat festgestellt, dass in der heutigen Welt „die nationalen Regierungen eine kritische Rolle besetzen, obwohl sie anders ist als die des sozialistischen Regimes“; und er schreckt nicht vor der Feststellung zurück: „der Markt ist ein ausgezeichnete Diener, aber zugleich auch ein Herr ohne Skrupel“.²³

Um das Hauptthema Politik und Klasse abzurunden, hier noch ein Wort über die Schwierigkeiten einer antikapitalistischen, linksorientierten sozialpolitischen Bewegung im Kampf gegen die Ungerechtigkeiten des heutigen Kapitalismus in den USA. Trotz einiger Streiks in den letzten Jahren und der Forderungen einiger kleiner Gruppen nach einer unabhängigen Politik, die sich an den Bedürfnissen der Lohnarbeiter orientiert, ist noch kein Beginn einer echten linken Bewegung in Sicht. Betrachtet man die Top-Manager und die hochqualifizierten Profis, kann man feststellen, dass sie mehr Interesse an der Politik haben als die breite Masse der Arbeiterklasse (und in kulturellen Fragen mehr Mitte-Links, d. h. toleranter und offener gegenüber Multikulturalismus und Frauenrecht sind, als die Unterschichten). Bemerkenswert ist,

22 Yilmaz Akyüz u. Andrew Cornford, „International Capital Movements: Some Proposals for Reform“, pp. 172-198, in: Jonathan Michie u. John Grieve Smith (Hrsg.), *Managing the Global Economy*. Oxford: Oxford University, 1995; Barnet u. Cavanagh, op. cit.; Ethan B. Kapstein, *Governing the Global Economy. International Finance and the State*. Cambridge, Mass.: Harvard University, 1994.

23 John H. Dunning, John H., *The Globalization of Business*. London: Routledge, 1993.

dass die Arbeiterklasse, 75% der Bevölkerung, die oft als Middle Class bezeichnet wird, die Politik sehr brauchte, um ihre Interessen zu verteidigen, dieselbe aber nicht aktiv betreibt. Und schon gar nicht der Teil der Arbeiter, die als Arme klassifiziert werden, und per definitionem überhaupt nicht die sozial Ausgegrenzten, die in der politischen Welt total abwesend sind.

Ein notwendiger Ausgangspunkt für das Verstehen der innenpolitischen Entwicklungen und der Möglichkeiten einer linken antikapitalistischen Bewegung ist der US-amerikanische common sense. Dazu gehört unter anderem auch die Ablehnung linksorientierter politischer Anschauungen und gemeinsamer Aktionen als eine der Schwierigkeiten, die einer organisierten linken Bewegung entgegenstehen. Von den Forschern wird immer zuerst der traditionelle Individualismus und Rassismus und die ethnische Trennung der unteren Volksschichten genannt. Der Individualismus hat sich mit Sicherheit durch die allgemeine gesellschaftliche Entwicklung in den letzten fünfundzwanzig Jahren verstärkt, auch das Karrierestreben, der Kampf des Einzelnen ums Überleben und der Konsumrausch als persönliche Befriedigung. Auch wenn der traditionelle Rassismus in seinen auffallenden Formen wohl rückläufig ist, können die verschiedenen religiösen, ethnischen oder sprachlichen Identitätsprobleme viele Menschen daran hindern, ein richtiges Verständnis von der Welt zu erlangen und sie von Reaktionen abhalten. Ein wichtiges Thema der heutigen USA-Gesellschaft ist die Frage des Multikulturalismus, d. h. der notwendige Respekt – mehr als Toleranz – vor jeder Rasse, Ethnie und Religion. Aber im Rahmen einer Diskussion über die arbeitende Klasse muss man dazu anmerken, dass dies wie ein Verteilungsprinzip der Arbeiterklasse funktioniert und so auch von der herrschenden Klasse bewusst benutzt wird.²⁴

In diesem Zeitraum ist natürlich in allen entwickelten kapitalistischen Ländern und in den bestehenden Machtblöcken ein allgemeiner Verfall der Klassenidentität festzustellen – auch wegen des allmählichen Verschwindens der „traditionellen“ Arbeiterklasse –, aber in den USA war zu keiner Zeit ein anhaltendes Klassenbewusstsein vorhanden. Trotzdem gibt es Anzeichen für einen gewissen, sogar zunehmenden Argwohn, nicht nur gegen angehäuften Reichtum und Privilegien, sondern auch gegen ein „wirtschaftliches System“, das für die Lage verantwortlich gemacht wird, in der sich viele Bürger befinden. Laut einer Umfrage sollen 95% der Interviewten die Meinung ver-

24 Lind, op. cit; Michael Tomasky, *Left For Dead. The Life, Death and Possible Resurrection of Progressive Politics in America*. New York: Free Press, 1996.

treten, dass die Unternehmen „ihren Beschäftigten und den Gemeinden in denen sie tätig sind, etwas schulden und dass sie manchmal ihren Gewinn opfern sollten, damit sich die Lage von Arbeitern und Gemeinden verbessern kann“. Auch wenn das Wirtschaftssystem in der volkstümlichen Mentalität fast nie näher bezeichnet und immer mit einem großen Zynismus betrachtet wird, bedeutet das nicht, dass jene Gefühle nicht tiefernst empfunden werden.²⁵

Trotz dieser existierenden Vorbehalte sind einige scharfsinnige Beobachter der US-amerikanischen Gesellschaft von deren relativer Stabilität beeindruckt: es wurde schon erwähnt, dass viele Menschen passiv bleiben und gerade diejenigen nicht einmal ihre minimalen demokratischen Rechte wahrnehmen und wenigstens wählen gehen, die am meisten politische Eingriffe des Staates brauchen würden. Die Mechanismen für diesen Konsens und die soziale Kontrolle sind sehr verwoben und offensichtlich etwas ganz anderes als Unterdrückung im klassischen Sinn. Es ist zu komplex, um die ganze Schuld der unheilvollen Macht der Medien anzulasten. Die Resignation beruht zum großen Teil auf der Art und Weise, wie die Arbeiter die Marktideologie und die durch sie legitimierte Konkurrenz der Arbeitsplätze und des Lohnniveaus akzeptieren: wenn auf einer Arbeitsstelle keine auf dem internationalen Markt absetzbare Ware produziert werden kann, so erscheint diese Stelle in den Augen fast aller als nicht existenzberechtigt. Außerdem sind viele der Ärmern und Armen – hier ist die Ähnlichkeit mit der Situation in Russland sehr evident – mit dem täglichen Existenzkampf so beschäftigt, dass sie nicht auch noch Zeit und Kraft zu Protesten aufwenden wollen²⁶.

Robert Reich bemerkt, dass „große Teile der Bürger nicht offen ihren Groll gegen die verbreitete Tendenz zur sozialen Ungleichheit zum Ausdruck gebracht haben“, die in allen Bereichen wie Arbeit, Einkommen, Schule, Infrastrukturen für die Freizeit, Sicherheit zu spüren ist. Es fehle nicht nur eine „ernsthafte Nachfrage nach Veränderung“, sondern auch eine Revolte gegen die zwei Hauptparteien, „deren Politik zur sozialen Ungleichheit geführt hat“. Der Ex-Arbeitsminister Clintons bietet verschiedene Erklärungen für die „Fügsamkeit der weniger privilegierten vier Fünftel“: „eine grundlegende Unfähigkeit zu verstehen, wie das System in seiner neuen globalen Dimension funktioniert“, die Vorstellung, dass „die Reichen ihre Position erreicht haben, weil sie das verdient haben“, das Gefühl, dass „keine politische Aktion

25 Scott Lash u. John Urry, *The End of Organized Capitalism*. Madison: University of Wisconsin, 1987.

26 Schwarz, op. cit.

zu einem Ergebnis führen würde“, die Idee, von der sich die Nichtwähler leiten lassen, dass sie keinen Einfluss auf die Politik haben, „weil die Reichen sie mit ihrem Geld finanzieren“. Und er fügt hinzu, dass man sich scheut, dem reicheren Fünftel direkte Forderungen zu stellen, weil man davon überzeugt ist, dass der geringe eigene Besitz ihm zu verdanken ist.²⁷

Galbraith beschreibt mit der ihm eigenen nüchternen Ironie das politische System auf eine ähnliche Weise: „Wir leben heute in einer Demokratie, die den Wohlhabenden und den Zufriedenen gehört“, wo „im Grunde genommen der Reichtum das Wahlrecht monopolisiert“ und wo die „Armen und Außen-seiter, die die unterentwickelten Stadt- und Landgebiete bewohnen“ ausgeschlossen bleiben. Er räumt die Möglichkeit ein, dass sie sich politisch artikulieren könnten, neigt aber eher zu der Auffassung, dass die Situation nur durch einen globalen wirtschaftlichen Zusammenbruch, durch eine militärische Aktion mit katastrophalem Ausgang oder durch „einen Wutausbruch der niederen Klasse“ entschärft werden könnte.²⁸ Sollten dies wirklich die Voraussetzungen einer möglichen antikapitalistischen Bewegung sein, so ist der Weg offensichtlich nicht leicht. In der Unabhängigkeitserklärung, dem fundamentalen Dokument der amerikanischen Geschichte, schrieb Jefferson, dass das Volk viel eher schlechte Institutionen erträgt als sie einfach zu verändern. Denkt man über die Worte von Reich und Galbraith nach, fragt man sich, wann der Geduldsfaden reißen und das System in Gefahr geraten könnte.

Man könnte ohne Zynismus bemerken, dass – kurz gesagt – nur die herrschende Klasse ihre Interessen ganz klar formuliert und die Politik benutzt, um diese Interessen durchzusetzen. Das ist normal, weil eine herrschende Klasse nicht in der Lage ist, eine Gesellschaft zu dominieren, wenn sie nicht die Politik dirigiert. Betrachtet man die so stabile Lage in den USA, fragt man sich, was in Zukunft passieren könnte. Historiker und Sozialwissenschaftler sind sich heute bewusst – und unter diesen besonders die Marxisten –, wie gefährlich jeder Versuch ist, die Zukunft vorzusehen. Vielleicht könnten wir aber auf einige Elemente hinweisen, über die man reflektieren sollte, wenn man versucht, etwas über die Zukunft zu sagen. Wenn wir die USA in der Welt beobachten, finden wir sicherlich viel mehr Hegemonie als Krise. Die Stärke des Dollars, die politisch-militärische Hegemonie und der besonders dynamische Kapitalismus sind offensichtlich wichtiger als eine sehr negative Handelsbilanz oder eine riesige öffentliche Verschuldung. Die USA

27 Reich, op. cit.

28 Galbraith, op. cit.

beherrschen die Welt, weil die anderen Länder aus verschiedenen Gründen keinen Widerstand leisten, auch wenn sie kontrastierende politische und ökonomische Interessen haben. Die ausländischen Investoren kaufen nach wie vor USA-Staatsanleihen, und die europäischen Staaten bevorteilen immer noch die Anleger, die ihr Geld in den USA arbeiten lassen.

Aber die USA-Hegemonie in der Welt ist auch der inneren Stabilität der USA-Gesellschaft zuzuschreiben. Sollte man hier nicht an die Worte von Benjamin Disraeli erinnern: „Der Palast ist nicht sicher, wenn die Hütte unzufrieden ist“? Aber Ungerechtigkeit, Ungleichheit und Unzufriedenheit, spürbar in vielen Schichten der USA-Bevölkerung, haben bis jetzt noch keinen massenpolitischen Ausdruck gefunden, weder in einer grass roots gefestigten linken Opposition noch glücklicherweise im Rechtsextremismus.

Die Kernfrage ist, wie lange werden die Alliierten und die Unterschichten in den USA dies alles akzeptieren? In seiner, Ende des 18. Jahrhunderts entstandenen Geschichte „Der Untergang des römischen Weltreiches“ hat der britische Historiker Edward Gibbon die verschiedenen gravierenden Probleme dieses Weltreiches aufgelistet. Dann hat er hinzugefügt: „Diese unerträgliche Situation dauerte mehr oder weniger 300 Jahre“. Auf die Frage „wie lange“ haben wir noch keine sichere Antwort, aber wir haben einige Elemente aufgezeigt, die helfen, diese Gesellschaft und auch die ihr innewohnende Stabilität besser zu verstehen – und die uns hoffen lassen, dass es nicht noch weitere hunderte Jahre dauert.